



Tagesordnungspunkt 18:

Sonstiges

(b) Dringlichkeitsentschließung zur türkischen Invasion in Syrien

Der IGB-Vorstand verurteilt die türkische Invasion in Syrien und den Angriff auf die kurdische Bevölkerung mit bereits Dutzenden Toten und Zehntausenden Vertriebenen. Die Offensive erfolgte im Anschluss an den Beschluss von US-Präsident Donald Trump, die Kurden, die entscheidend zum Sieg über den sogenannten "Islamischen Staat" beigetragen haben, im Stich zu lassen.

Wir äußern unsere tiefe Besorgnis über das Eskalationspotenzial des Konfliktes angesichts der Beteiligung des syrischen Militärs zusätzlich zu den türkischen und kurdischen Truppen sowie der Möglichkeit, dass der "Islamische Staat" jetzt in der Lage ist, sich wiederzubewaffnen und erneut Fuß zu fassen.

Hunderte der von kurdischen Truppen gefangen gehaltenen fundamentalistischen Kämpfer sind jetzt auf freiem Fuß, und es bestehen ernsthafte Befürchtungen bezüglich der Tausenden anderen, die sich noch in kurdischem Gewahrsam befinden.

Wir verurteilen zudem den Einsatz von Waffengewalt seitens der Regierung von Präsident Erdogan, die darauf abzielt, Angst zu verbreiten und von Problemen in der Türkei selbst abzulenken, wie etwa von Wahlschlägen der Regierungspartei und einer sich verschlechternden Wirtschaftslage. Mit dem Ranking 5 "Rechte nicht garantiert" gehört die Türkei im Globalen Rechtsindex des IGB zu den zehn schlimmsten Ländern der Welt, was die Verletzung der Rechte erwerbstätiger Menschen anbelangt.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung steht für Frieden, die Bekämpfung von Terrorismus und die Lösung von Konflikten durch Dialog und Verhandlungen im Einklang mit rechtsstaatlichen Verfahren und betont, dass alle Parteien ihre Differenzen mit friedlichen Mitteln beilegen sollten. Die Anwendung von Waffengewalt, insbesondere gegenüber der Zivilbevölkerung, vor allem Frauen und Kindern, ist ein Affront gegen die Menschlichkeit, und wir sind entsetzt über die Ermordung von Hevrin Khalaf.

Wir fordern die unverzügliche Einstellung der Feindseligkeiten, die Beendigung der Waffenverkäufe an die Türkei, die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat unter sicheren Bedingungen und dringende Bemühungen, einschließlich einer internationalen Vermittlung, um dauerhaften Frieden und die Wiedereingliederung der bei dem Konflikt Verletzten, Gerechtigkeit für diejenigen, die Familienangehörige verloren haben, sowie den Wiederaufbau der bei der Invasion zerstörten Häuser und Infrastruktur.

Der Vorstand wird ersucht, die vorstehende Entschließung anzunehmen.